

# Vorwärts und nichts vergessen

## Positionen der IG Metall-Jugend

*„Der Mensch ist und bleibt wichtiger als die Sache!“*

*Erwin Vitt, im geschäftsführenden Vorstand  
der IG Metall für Jugendarbeit zuständig*

Wer wir sind...

Zunächst einmal viele junge Leute. Junge Leute, die sich interessieren und engagieren. Die sich einmischen, wenn ihnen etwas stinkt. Deshalb organisieren wir uns in der Jugend der IG Metall. Dort vertreten wir als aktive GewerkschafterInnen die Interessen junger ArbeitnehmerInnen. In unseren Betrieben, in den lokalen Verwaltungstellen der IG Metall und auf Bezirks- und Bundesebene.

So vielfältig wie das Engagement sind die Themen und die Gesichter in der IG Metall-Jugend. Kein Wunder, wenn sich 200.000 junge Menschen zusammentun. Eines aber haben wir alle gemeinsam: Den Willen zu einer anderen Politik. Denn der freie Markt, der von der Konkurrenz lebt, kann keine soziale Gerechtigkeit und keine Vollbeschäftigung herstellen. Die tiefgreifenden Umverteilungen von unten nach oben spielen uns alle gegeneinander aus. Dagegen stellt die IG Metall-Jugend eine Grundposition der Gewerkschaftsbewegung: Die Solidarität unter den ArbeitnehmerInnen. Denn solange in allen gesellschaftlichen Bereichen ein immer härterer Konkurrenzkampf tobt, bleibt die Vision von einem solidarischen Leben aktuell. Und auch modern.

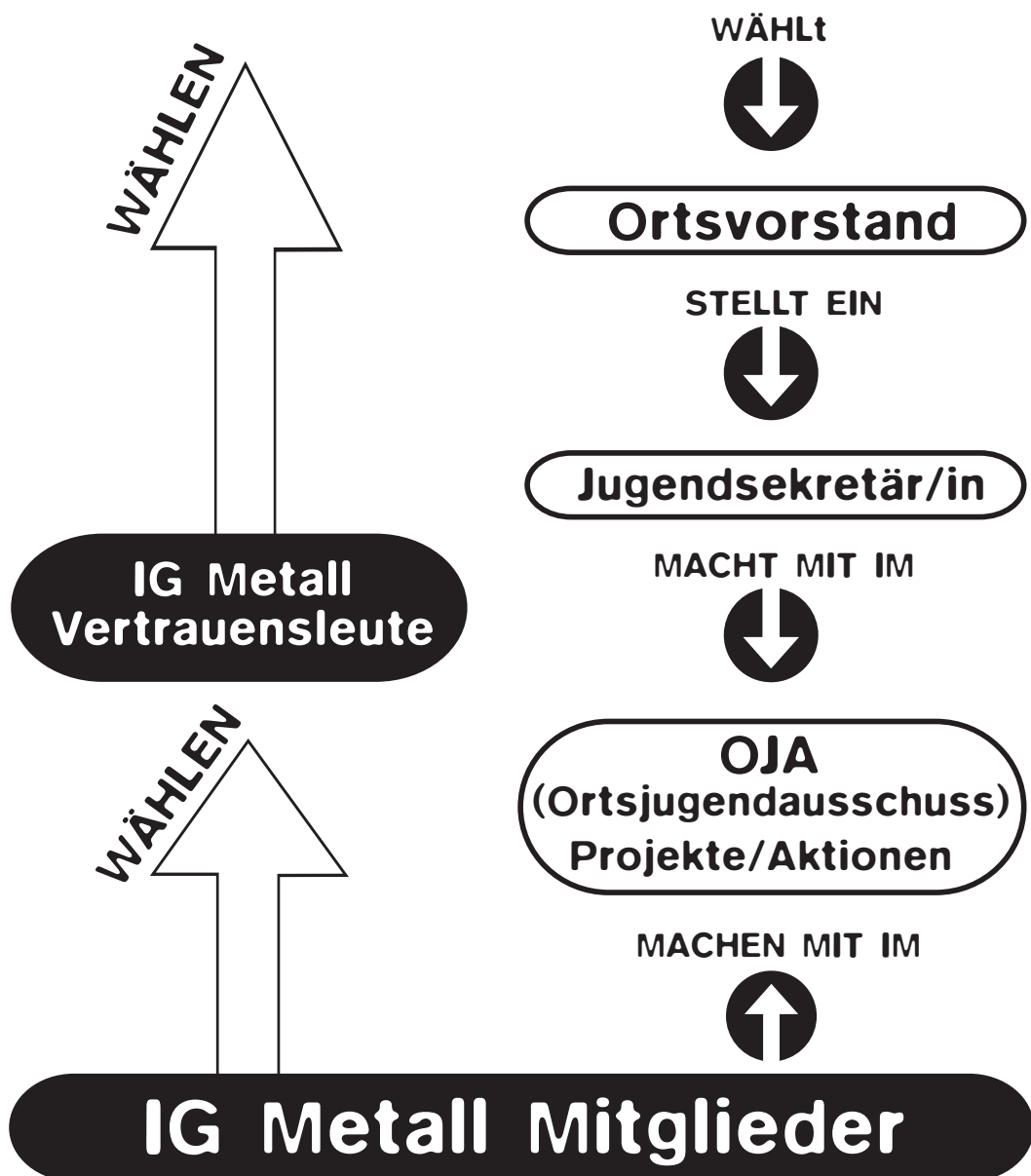
... und was wir wollen.

Gemeinsam haben wir den Willen, uns einzusetzen. Für eine lebenswerte Zukunft, in der das Recht auf Arbeit und Bildung wichtiger ist als die Laufzeiten von Maschinen. Deshalb: Solidarität statt Konkurrenz. In Betrieb und Politik. Fördern statt Ausgrenzen. In Schule und Ausbildung.

Die IG Metall-Jugend hat in den Jahren vor der letzten Bundestagswahl massiv einen Politikwechsel gefordert. Der Höhepunkt war ein Aktionsbündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das Motto: „Wer, wenn nicht Wir? / Für eine andere, zukunftsfähige Politik“. Nach dem Regierungswechsel zu Rot/Grün und den damit verbundenen Hoffnungen ist eines klar geworden: Regierungswechsel heißt nicht Politikwechsel. Wir stehen für eine Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit zum Inhalt hat. Es kommt auch weiterhin darauf an, unsere jugendpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Ansprüche gegenüber der neuen Bundesregierung einzufordern und durchzusetzen.

# Aufbau der örtlichen IG Metall

## Delegiertenversammlung



Nicht nur im Ausbildungs- und Arbeitsbereich. Denn die gesellschaftlichen und globalen Probleme gehen uns alle an. Besonders uns als Jugendliche. Und deshalb bezieht die IG Metall-Jugend auch hier Stellung. Zu Themen, die unsere Zukunft bestimmen werden: Soziale Ungleichheit, Antirassismus, Internationale Zusammenarbeit, Ökologie und Friedenspolitik.

### **Dafür stehen wir als IG Metall-Jugend.**

Wie in allen demokratischen Organisationen finden auch in der IG Metall viele Diskussionen statt. Manchmal anstrengend, aber immer spannend. Und wir als Jugend mischen kräftig mit. Die Positionen, die wir für uns gefunden haben, findest Du in dieser Broschüre.

Und nicht vergessen: Auch Du kannst Dich an diesen Diskussionen beteiligen. Und Dich für eine lebenswerte Zukunft einsetzen. Einfach Deinen JAVi oder den Jugendsekretär/die Jugendsekretärin Deiner Verwaltungsstelle fragen oder beim OJA vorbeischaun.

Für soziale Gerechtigkeit!

Wir leben in einem reichen Land. Rein statistisch besitzt jeder Haushalt 389.000 DM. So ist es leider jedoch nicht, denn Deutschland liegt schief: Die Kluft zwischen ArbeitnehmerInnen und Industrie wird immer größer, die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Die Realeinkommen der ArbeitnehmerInnen sind von 1993 bis 1997 um 3 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Netto-Gewinne der Unternehmen um 48 Prozent. Zahlen, die für sich sprechen. Durch eine gerechte Steuerpolitik müssen Einkommen aus Erwerbsarbeit entlastet werden.

Wir fordern: Stoppt die Umverteilung von unten nach oben. Deshalb: Besteuerung von Spekulationsgewinnen und Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer. Eine Reduzierung der Abschreibungsmöglichkeiten und das Stopfen von Steuerschlupflöchern.

Volkseinkommen in Deutschland 1982 – 1997

1982:

Arbeitnehmereinkommen 76,9%

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 23,1%

1997:

Arbeitnehmereinkommen 69,4%

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 30,6%

Arbeit schaffen,  
Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen!

Die qualifizierte Erstausbildung ist Voraussetzung für eine gesicherte berufliche Existenz. Entscheidend ist dabei die Übernahme nach der Ausbildung. Ziel der IG Metall-Jugend ist eine unbefristete Übernahme aller Auszubildenden in allen Branchen. Und es gibt Massnahmen, die das ermöglichen.

### **Übernahme statt Überstunden**

Überstunden blockieren Arbeitsplätze. Ziel muss sein, Mehrarbeit und Überstunden auf ein unvermeidliches Mindestmass zu reduzieren, das nur in Form von Freizeit „bezahlt“ wird.

### **Kürzere Arbeitszeiten schaffen Arbeitsplätze**

Arbeitszeitverkürzung ist wesentlicher Bestandteil zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Unser Ziel: Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Flächendeckend und in allen Branchen. Zusätzlich streben wir den Ausbau von Modellen wie Qualifizierungszeiten, Teilzeitarbeit und Altersteilzeit an.

### **Solidarität der Generationen**

Altersteilzeitgesetz, Tarifverträge für die „Rente mit 60“ und betriebliche Regelungen müssen für ältere ArbeitnehmerInnen finanziell attraktive Möglichkeiten für einen vorzeitigen Berufsausstieg bieten. Denn wenn ältere KollegInnen früher einen Gang zurückschalten, wird Platz für die Jungen frei. Das schafft Arbeitsplätze und senkt die Arbeitslosigkeit.

Aktive Beschäftigungspolitik - Arbeitslosigkeit nicht nur verwalten!

Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit kostet pro Jahr 165 Milliarden DM. Geld, das vernünftiger und humaner eingesetzt werden kann: Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine Erhöhung öffentlicher Investitionen ist hier dringend notwendig. Ob Wissenschaft und Forschung oder erneuerbare Energien, Gesundheitswesen, Verkehrssektor oder Bauwesen: Hier finden sich Bereiche mit erheblichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die IG Metall-Jugend steht zu einem Arbeitsbegriff, der nicht auf Erwerbsarbeit reduziert ist. Er beinhaltet ebenso bisher unbezahlte gesellschaftlich, sozial und ökologisch sinnvolle Tätigkeiten. Es gilt, im Rahmen von tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen neue Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen. Auch hier ist der Gesetzgeber gefordert.

### **Europaweite Beschäftigungspolitik**

Durch immer enger werdende internationale wirtschaftliche Verflechtungen wird es auch für uns immer wichtiger, unsere Kontakte zu Gewerkschaften anderer Nationen aufzubauen und zu erweitern. Denn Europa muss zu einer politischen, sozialen und ökologischen Union gelangen, in der die Rechte der ArbeitnehmerInnen gesichert sind. Die IG Metall-Jugend arbeitet daran mit.

## **Beschäftigungspolitik - dafür stehen wir:**

Recht auf Arbeit.

Begrenzung der Mehrarbeit/Überstunden.

Weitere Reduzierung der gesetzlich zulässigen wöchentlichen Arbeitszeit,  
Zurückdrängen von Leiharbeit, Werkverträgen, Fremdvergaben,

Ausgliederung etc..

Einschränkung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Herabsetzung des Renteneintrittsalters.

Abschaffung der Scheinselbstständigkeit.

Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte.

Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tariftreue und ausbildende Unternehmen.

Konsequente Durchsetzung des Verbots von Sonntags- und Feiertagsarbeit.

Keine Ausweitung der Samstagarbeit.

## Bildung schafft Zukunft

Bildung ermöglicht uns die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie bestimmt wesentlich unser Leben, unsere Arbeits- und Einkommenssituation. Denn sie entscheidet, ob wir uns im Beruf und persönlicher Entwicklung entfalten können. Deshalb ist für uns die Frage, wer welche Bildungschancen erhält, von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung.

## **Entwicklung statt Konkurrenzkampf**

Die Situation an allgemeinbildenden Schulen wird immer unbefriedigender: Klassengrößen über 30 SchülerInnen sind keine Seltenheit. Trotzdem werden kaum Stellen durch NachwuchslehrerInnen besetzt. Und schon in der Schule erleben Jugendliche eine Gesellschaft, in der Leistungsideologie und Profitorientierung zu Konkurrenz, Ungleichheit und Ausgrenzung führen. Positive soziale und kulturelle Werte bleiben auf der Strecke. Wir sagen: Schluss damit!

## **Universitäten: Bildung ist mehr als ein Wirtschaftsfaktor**

Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben eine grosse Bedeutung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme. Sie haben entscheidenden Anteil an der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft. Der Dialog der Universitäten mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen - auch den Gewerkschaften - muss deshalb gesucht und intensiviert werden, Kooperationen dürfen nicht nur der Wirtschaft überlassen werden. Denn Aufgabe der Hochschulen muss es sein, gesellschaftlich relevante Probleme kritisch und weitsichtig zu diskutieren. Bildungspolitik darf nicht nur Wirtschaftspolitik sein.

## **Bildungspolitik - dafür stehen wir**

Gleiche Chancen für alle. Zugangsmöglichkeiten im Bildungssystem unabhängig von finanzieller Situation, Geschlecht oder sozialer und ethnischer Herkunft. Wer sich eine Zugangsberechtigung erworben hat, muss studieren können. Deshalb: Keine Studiengebühren.

Förderung statt Auslese. Recht auf Bildung bedeutet qualitativ gute Angebote. Von der vorschulischen Bildung bis hin zur Hochschulausbildung. Und auch bei der beruflichen Erstausbildung und beruflichen, kulturellen und politischen Weiterbildungen.

Bildung ist Kulturgut, nicht nur betrieblich verwertbare Qualifikation. Deshalb: Einheitliche Bildungsfreistellungsregelungen für Auszubildende.

Die internationale Ausrichtung von Studiengängen muss verbessert werden.

Gewerkschaften haben die tarifpolitische Aufgabe, Regelungen für WerkstudentInnen zu entwickeln und durchzusetzen.

Demokratisierung der Hochschulen. Die Selbstverwaltung muss in ihren Entscheidungsstrukturen durch eine Ausweitung der studentischen Mitbestimmung verbessert werden.

Ausbildung - Investition in die Zukunft!

Die letzten Jahre waren geprägt vom Abbau der Schutzrechte für Auszubildende und Jugendliche. Die Demontage des zweiten Berufschultages, verringerte Anforderungen an die Eignung der AusbilderInnen und die Änderungen im Paragraphen 9 des Jugendarbeitsschutzgesetzes (Wegfall der Anrechnung der Berufschulzeit auf die Arbeitszeit für über 18jährige) sind nur einige Beispiele. Zusätzliche Ausbildungsplätze sind durch den Abbau dieser sogenannten „Ausbildungshemmnisse“ nicht entstanden. Aber für jeden Menschen gilt das Recht auf berufliche Bildung. Das duale System hat sich bewährt. Es muss stabilisiert und weiterentwickelt werden.

### **Gegen öffentlich geförderte Dumping-Ausbildung**

Die Wirtschaft flüchtet aus ihrer Ausbildungsverantwortung. Bund und Länder reagieren mit immer neuen, milliardenschweren Förderprogrammen. Tausende von Jugendlichen werden in Warteschleifen „geparkt“ oder in schulische Ausbildungsmassnahmen gedrängt. Nicht mehr als Auszubildende, sondern nur noch als SchülerInnen. Was als Notprogramm begann, ist inzwischen Normalität. Darunter leidet die Ausbildungsqualität. Die IG Metall-Jugend stellt immer wieder mangelhafte Ausbildungsqualität bei ausserbetrieblichen Trägern fest: Ausbildungsgruppen werden grösser, individuelle Betreuung seltener, moderne Ausbildungsmethoden sind die Ausnahme. Tarifverträge gelten hier nicht. Betroffene Jugendliche erhalten allenfalls eine Beihilfe, Wahlen zur JAV und zum Betriebsrat sind nicht gesichert. Beschäftigungsperspektiven nach dieser Art der Ausbildung sind katastrophal. Kein Wunder, angesichts dieser Ausbildungssituation.

### **Ausbildungskrise lösen - Umlagefinanzierung jetzt!**

Die Aussichten für Jugendliche, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden, werden von Jahr zu Jahr schlechter. Immer mehr Jugendliche suchen einen Ausbildungsplatz, Unternehmen und öffentliche Hand bieten immer weniger Stellen an. Grund ist die Kurzsichtigkeit der Unternehmen. Schnelle Gewinne zählen, nicht

langfristige Konkurrenzfähigkeit. Dazu gehören qualifizierte Fachkräfte. Deshalb: Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

### **Berufliche Bildung - dafür stehen wir:**

Für ein verbessertes Ausbildungsangebot und eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung: Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung: Durch Schaffung doppelqualifizierender Ausbildungsgänge und die Öffnung der Fachhochschulen für AbsolventInnen des „dualen Systems“.

Schaffung von neuen, zukunftsorientierten Berufsbildern.

Moderne Ausbildungsmethoden wie Projektausbildung, Lerninseln und Lernaufgabenkonzepte unter Einbeziehung neuer Medien.

Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, Methoden- und Arbeitstechniken, Projekt- und Prozessausbildung und Gruppenarbeit.

Reform der Berufsschule. Es muss Zeit für die theoretische Ausbildung bestehen.

Keine betriebliche Ausbildung an Berufsschultagen.

Für Chancengleichheit beim Zugang zur Aus- und Weiterbildung: Alle Jugendlichen haben Rechtsanspruch auf berufliche Bildung. Benachteiligte werden bevorzugt gefördert.

Für bessere Ausbildungsqualität: u.a. durch kontinuierliche Weiterbildung des Ausbildungspersonals.

Für die Gleichberechtigung der Schulen: Durch Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung.

Für Vereinheitlichung der Ausbildungsqualität: Durch Ausweitung des Geltungsbereichs des Berufsbildungsgesetzes.

# Das Umlageverfahren

Ermittlung der Zahl unversorgter BewerberInnen

**X**

Durchschnittliche Nettokosten der Berufsausbildung  
( z.Zt. DM 21.000,- pro Jahr)

**=**

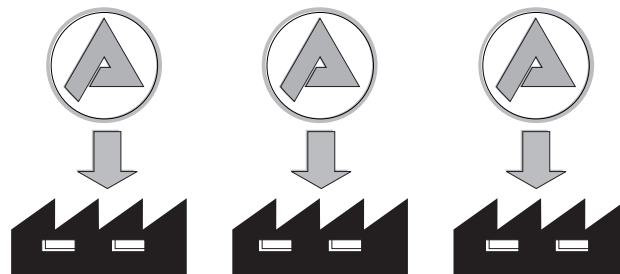
Kosten für die Bereitstellung eines auswahlfähigen  
Ausbildungsplatzangebots



Verteilung der Mittel auf die Arbeitsämter  
entsprechend ihrem Anteil  
an den unversorgten BewerberInnen  
(Regionaler Ausgleich)



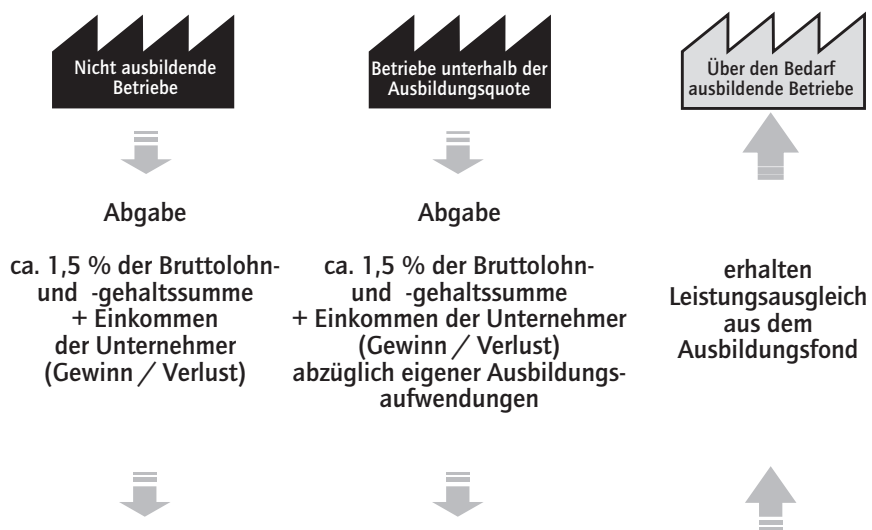
Verwaltungsausschüsse  
(Arbeitgeber, Arbeitnehmer, öffentliche Hand)  
entscheiden über die Verteilung der Mittel  
auf Berufe, Betriebe und Ausbildungsverbände



Zukauf von Ausbildungsplätzen bei den  
Unternehmen

# Die Finanzierung des Ausbildungsfonds

Jährliche Festlegung der Ausbildungsquote durch die Bundesregierung  
(Zahl der benötigten Ausbildungsplätze  
im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten).



Ausbildungsfonds  
(Erstattung der staatlichen Vorfinanzierung)



## Tarifpolitik - auch für Auszubildende und Jugendliche

Tarifverträge reichen weit über den betrieblichen Bereich hinaus. Für einen Grossteil der arbeitenden Bevölkerung schaffen sie Grundlagen für Lebensstandards und Lebensumstände: Wieviel Zeit bleibt mir für Familie und Freunde? Wohin fahren wir in den Urlaub? Fragen, die sich auch aus der Qualität der von den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträge beantworten.

Über 1500 Tarifverträge regeln in den verschiedenen Branchen der IG Metall die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen. Auch für die Auszubildenden. Gerade für diese ist es besonders wichtig, die eigenen Rechte zu kennen. Qualifizierte Ausbildung, Übernahme oder Ausbildungsvergütung: Nur wenn wir als Jugend selbst aktiv werden, können tarifpolitische Erfolge für uns erstritten werden.

### **Übernahme sichern**

Die IG Metall konnte erstmals 1994 die Übernahme von Auszubildenden für mindestens sechs Monate nach der Ausbildung durchsetzen. Heute gilt diese Übernahmeregelung in der gesamten Metall-, Elektro-, und Stahlindustrie. Zum Teil ist es sogar gelungen, Übernahmen von mindestens 12 Monaten durchzusetzen. Unser Ziel aber bleibt die grundsätzliche Übernahme. Unbefristet und in Vollzeit. Entsprechend der Ausbildung und frühestens 12 Monate nach der Ausbildung kündbar.

### **Arbeitszeitverkürzung**

Die Steigerung der Produktivität - in der industriellen Produktion und in weiten Teilen alter und neuer Dienstleistung - setzt immer mehr menschliche Arbeitskraft frei. Dadurch wächst die Spaltung unserer Gesellschaft. In Alt und Jung, Erwerbstätige und Erwerbslose, Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer, Ost und West.... Die Ungleichheit wird immer grösser.

Diese Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn für alle Zugang zu Arbeit und Einkommen gewährleistet wird. Eine gerechte Gesellschaft braucht die Beteiligung aller an Arbeit und Einkommen. Eine Gesellschaft, die dies insbesondere Jugendlichen verwehrt, ist nicht zukunftsfähig. Ein Weg aus dieser Misere sind weitere entschiedene Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit. Auch für Auszubildende fordern wir weitere Arbeitszeitverkürzungen. Allerdings: Inhalte und Qualität der Ausbildung dürfen nicht unter einer Verkürzung leiden.

### **Tarifpolitik - dafür stehen wir:**

Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden nach der Ausbildung. Davon kann nur mit der Zustimmung des Betriebsrats abgewichen werden. In diesem Fall muss der Auszubildende befristet für mindestens 12 Monate übernommen werden.

Die Übernahme soll im erlernten Beruf zur jeweils vereinbarten tariflichen Vollarbeitszeit erfolgen.

Die Eingruppierung erfolgt mindestens in der Ecklohngruppe.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich.

Neue Formen der Zeitsouveränität müssen realisiert werden, z. B. in Arbeitszeitkonten.

Qualifizierungsansprüche müssen auch nach vollendeter Ausbildung bestehen.

Unvermeidbare Überstunden dürfen nur in Freizeit „bezahlt“ werden.

## Kein Fussbreit für Rassismus und Rechtsextremismus

Ausgrenzung von Minderheiten, offener Rassismus. Neofaschistische Umtriebe bis hin zur Schändung von Gedenkstätten und Mord. Leider keine Seltenheit mehr im deutschen Alltag.

Auch innerhalb der Gewerkschaften finden sich rassistische und rechtsradikale Tendenzen.

Einfache Antworten auf diese Entwicklung kann es nicht geben. Zu komplex, zu widersprüchlich sind die zugrunde liegenden Prozesse.

Denn rechte Orientierungen finden sich nicht nur bei den sogenannten „Verlierern“ am Rande unserer Gesellschaft. Auch und gerade junge Menschen in gesicherten Lebenssituationen suchen Antworten in rechten und rassistischen Gedankenwelten.

Ursachen liegen auch in der absoluten Leistungsorientierung, die Arbeits- und Lebensgestaltung auf ein reines Kosten-/Nutzendenken reduziert. Die Überbewertung von Leistung und Erfolg verdrängt positive gesellschaftliche Leitbilder wie Toleranz- oder Gerechtigkeitsprinzip.

Verschärfte Konkurrenz fördert Ungleichheit, Ungleichheit schafft Intoleranz.

Wer Integration will, muss die Einbürgerung erleichtern

Eine demokratische Gesellschaft darf 10 Prozent der Bevölkerung nicht von den politischen Mitwirkungsrechten ausschliessen. AusländerInnen können diese Rechte in Deutschland nur durch Einbürgerung erlangen. Ein Akt, der von den Betroffenen als Politik der offenen Arme verstanden werden muss. Dies unterstützt besonders die Möglichkeit zu einer doppelten Staatsbürgerschaft.

## **Antifaschismus fordert klare Aussagen**

Aktives antirassistisches Engagement und konsequentes Auftreten gegen Rechtsextremismus ist ein wichtiges Identifizierungsmerkmal der IG Metall-Jugend. Unsere Bereitschaft, Flagge zu zeigen, haben wir in vielen Aktionen bewiesen. Mit der „Aktion Courage“ gegen NPD-Aufmärsche am 1. Mai in Leipzig, einem „Wagen gegen Rechts - Courage zeigen“ auf der Love Parade und vielen Aktionen vor Ort. Wir als IG Metall-Jugend verstehen uns als Teil der Antirassismusbewegung.

Antirassistische und antifaschistische Arbeit - unsere Positionen

Alle Menschen haben die gleichen, unveräußerlichen Rechte.

Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus müssen geschützt und unterstützt werden. Diskriminierungen muss aktiv entgegengetreten werden.

Es muss für indirekte Diskriminierungsformen sensibilisiert werden, um sie zu beseitigen.

Rassismus und Diskriminierung im Betrieb dürfen zugunsten eines angeblichen „Betriebsfriedens“ nicht totgeschwiegen werden. Betriebsräte, JAV-Mitglieder und Vertrauensleute der IG Metall werden in diesem Fall aktiv.

Betriebliche Interessenvertretungen wenden gegen Rassisten und Rechtsextremisten alle Möglichkeiten des Arbeitsrechts an.

Wir suchen dauerhafte und aktive Bündnisse mit anderen Gruppen und Organisationen, um erfolgreich antifaschistische und antirassistische Arbeit in Betrieb und Gesellschaft zu leisten.

## Internationale Zusammenarbeit

Längst haben sich multinationale Konzerne die Welt aufgeteilt. Kontinente werden zu Märkten, Nationen zu Wirtschaftsstandorten. Mit verheerenden Auswirkungen: Immer mehr Menschen überall in unserer Welt verlieren Arbeit, erkämpfte Rechte und Lebensstandards. Überall suchen Menschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Häufig ohne Erfolg. Arbeitskraft ist in den Zeiten der Globalisierung zu teuer, so Unternehmen und PolitikerInnen.

Die Folge: Sozialabbau, Arbeitsplatzabbau bis hin zur Missachtung von Menschenrechten und Ausweitung von Kinderarbeit in den armen Ländern. Dem stehen schwindelerregende Gewinne von Unternehmen und Börsenspekulanten gegenüber. So sieht es aus, wenn Globalisierung zur Standortkonkurrenz verkommt. Wo internationale Lobbyisten der Arbeitgeberverbände die Konkurrenz zwischen den Menschen anheizen, müssen wir als GewerkschafterInnen aktiv werden.

Gleiche Chancen - weltweit

Der Wettbewerb der Standorte findet mit ungleichen Ausgangsbedingungen statt. Die Kluft zwischen Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt wird immer grösser. Ein Fünftel der Weltbevölkerung erzielt mehr als vier Fünftel des Welteinkommens, die Industrieländer verbrauchen 60 Prozent der weltweit zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel.

Die Auslandsverschuldung der Länder der Dritten Welt beläuft sich derzeit auf 2,177 Billionen US-Dollar. Diese Schuldenlast zwingt sie, ihre Rohstoffexporte zu steigern und ihre natürlichen und ökonomischen Ressourcen rücksichtslos auszuplündern. Dieser Raubbau entzieht den Ländern zunehmend ihre Lebensgrundlage: Er verursacht weltweit bedrohliche Umweltschäden wie das „Ozonloch“, zerstört die sozialen Systeme und destabilisiert als Auslöser von Kriegen um Ressourcen ganze Regionen. Die Entwicklungsländern haben so keine realistische Chance, ihre ökonomische Basis zu verbessern und ihre sozialen Probleme zu lösen. Deshalb fordern wir: weitreichenden Schuldenerlass für die armen Länder der Erde. Und deshalb ist die IG Metall-Jugend beteiligt an der Kampagne „Erlassjahr 2000 - Entwicklung braucht Entschuldung“.

## **Solidarität durch Zusammenarbeit**

Durch die Solidaritätsarbeit und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anderer Länder lernen wir als Mitglieder der IG Metall-Jugend andere Arbeits- und Lebensbedingungen kennen. „Brigaden“ fahren jährlich in andere Länder, etwa Nicaragua oder Südafrika. Oder nach Brasilien, wo wir unter anderem die „MST“, die Landlosenbewegung Brasiliens, unterstützen. Auch in anderen Ländern pflegt die IG Metall-Jugend Kontakte auf regionaler Ebene.

So fördern wir Kontakte zwischen den Interessenvertretungen im Jugend- und Ausbildungsbereich. Und wir engagieren uns gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk „terre des hommes“ in der Initiative „Kinderarbeit - der letzte Trumpf im Standortpoker“ gegen die Ausbeutung von Kindern. Zusammen mit „amnesty international“ arbeiten wir in der Initiative „Menschenrecht schützen - Gewerkschaftsrechte verteidigen“.

## Mehr ökologische Verantwortung

Klimakatastrophe, Ozonloch, Waldsterben: Die Zerstörung der Umwelt und die rücksichtslose Ausbeutung der Umwelt haben weltweit katastrophale Auswirkungen erreicht. Wirtschaftspolitische Entscheidungen orientieren sich zuerst am erwarteten Gewinn und ignorieren die ökologischen Konsequenzen. Irreparable Schäden am sensiblen Ökosystem der Erde sind die Folge, die die Zukunft aller Lebewesen auf unserem Planeten gefährden.

Wir wollen eine Politik, die die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen nicht gefährdet.

Wer die Umwelt bedroht, muss zahlen!

Die Umweltpolitik greift heute erst ein, wenn Schäden schon entstanden sind. Ziel einer ökologischen Politik muss aber die Vermeidung von Umweltschäden sein, nicht das Begrenzen der Folgen. Wir wollen eine vorsorgende Politik, die das Verursacherprinzip zur Regel hat. Denn der, der unsere Umwelt belastet, soll auch die Folgen tragen. Finanziell und rechtlich.

## Ökologische Steuerreform jetzt

Der Verbrauch von natürlichen Rohstoffen erscheint bisher nicht als Kostenfaktor. Eine ökologische Steuerreform kann dies ändern. Durch sie wird der Verbrauch z.B. von Strom teurer. Und damit entsteht ein ökonomischer Anreiz, sparsamer mit unseren natürlichen Rohstoffen umzugehen. Gleichzeitig ergibt sich ein Impuls für Produkt- und Prozessinnovationen. So entstehen neue Arbeitsplätze in der Umweltschutzindustrie, bei umweltfreundlichen Produkten und der Energiedienstleistung.

Die ersten Schritte der Bundesregierung in Richtung Öko-Steuer sind nur ein dürftiger Anfang. Eine ökologische Steuerreform darf nicht zu einer Steigerung der Verbrauchssteuer verkommen, ohne Impulse für ökologisches Handeln zu geben. Deshalb müssen endlich konsequente Schritte folgen - überall in Europa.

## **Ausstieg aus der Atomenergie**

Kernkraftwerke sind nicht sicher zu betreiben; radioaktive Abfälle bedrohen folgende Generationen noch für Jahrtausende. Wir fordern einen schnellen, unumkehrbaren Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie. So schnell wie möglich. Einen Ausstiegszeitraum von über 10 Jahren lehnen wir ab.

Kein Atomstrom mehr in deutschen Stromnetzen!  
Umweltpolitik - das fordert die IG Metall-Jugend

Ausbau einer sinnvollen Verkehrspolitik. Mehr Tempolimits, die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs.

Die Wirtschaft muss sich an der Ökologie orientieren. Deshalb: Ausbau der ökologischen Steuerreform und Umorientierung der Wettbewerbspolitik.

Produktion wird als ganzheitlicher Prozess verstanden. Ziel muss die Schonung von Ressourcen und die Vermeidung von Abfällen sein. Es muss bedarfs- und kundenorientiert produziert, umweltgerechte Mehrwegsysteme und Recycling-Verfahren müssen gefördert werden.

Energieversorgung soll ohne Kernkraftwerke und mit mehr erneuerbaren Energien gesichert, Mobilität mit weniger Strassen gewährleistet werden.  
Internationale Gerechtigkeit schaffen. Ziel ist eine menschenwürdige und ökologisch stabile Welt. Die Industrienationen müssen mit der ökologischen Erneuerung beginnen und den Technologietransfer vorantreiben.

Krieg ist nie eine Lösung

Wir leben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Doch bei der Lösung von Problemen zwischen Völkern und Volksgruppen haben wir nichts dazugelernt. Immer noch „Problemlösung Nr 1.“ bei den PolitikerInnen dieser Welt: Krieg und Waffengewalt, Zwang und Unterdrückung. Barbarische Methoden, der sich nicht nur Militärs in der Dritten Welt bedienen. Die Kriege in Tschetschenien und im Kosovo zeigen, dass ein Rückfall in die Barbarei überall möglich ist.  
Der Einsatz von Waffengewalt wird auch innerhalb der NATO immer mehr als Mittel akzeptiert. Gerade auch, wenn man wie wir die menschenverachtende Politik der Milosevic-Regierung ablehnt und verurteilt, hat der Krieg des Nordatlantikpakt gegen Jugoslawien und den Kosovo bewiesen: Gewalt kann keinen Frieden schaffen. Neue Flüchtlingsströme, zerstörte Infrastruktur und ein noch tieferer Graben zwischen den Volksgruppen sind das Ergebnis der NATO-Strategie.

## **Aktive Friedenspolitik**

Wir als IG Metall-Jugend lehnen die Unterstützung der NATO-Politik durch die Bundesregierung ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, alle Soldaten, die nicht mit direkten humanitären Aufgaben betraut sind, in ihre Kasernen zurückzuholen. Wir fordern eine Umkehr zu einer aktiven Friedenspolitik, die sich intensiv für die Beendigung aller kriegerischen Auseinandersetzungen einsetzt. Und dazu gehört aktive Hilfe in Krisenregionen. Und natürlich auch finanzielle Hilfe.

## **Kein Kampfeinsatz der Bundeswehr**

Wir als IG Metall-Jugend verurteilen jeden Angriffskrieg. Der Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der NATO-Angriffe auf Jugoslawien ist mit dem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen.

## **Kein Waffenexport in Krisenregionen**

Ohne Waffen aus den Industriestaaten können Kriege nicht geführt werden. Wir fordern: Keine Waffen in Krisengebiete. Denn Waffen töten nicht nur, sie kosten auch viel Geld. So kostet ein US-amerikanisches Atom-U-Boot der „Trident“-Klasse zwei Milliarden Dollar - soviel wie die gesamte Weizeneinfuhr Afrikas. Geld, das zur Verbesserung von Strukturen und Lebensbedingungen der Menschen dringend gebraucht wird.

Mit Sorge sehen wir die Politik der Bundesregierung. Der geplante Export von „Leopard II“-Panzern in die Türkei ist mit den Prinzipien einer friedensschaffenden Politik nicht vereinbar. Wir fordern den sofortigen Stopp dieser Waffengeschäfte.

Wir als IG Metall-Jugend lehnen jede Form kriegerischer Auseinandersetzungen ab. Wir dürfen die Gewöhnung an den Krieg als Lösung von Problemen nicht zulassen. Heute nicht und in Zukunft nicht. Denn ExpertInnen warnen: Verteilungskämpfe um knapper werdende natürliche Ressourcen - z.B. Rohöl oder auch Wasser - werden zunehmen. Militärstrategen der NATO erweitern schon heute ihren Sicherheitsbegriff: Ökonomische und ökologische Krisen werden als Teil der militärischen Sicherheit definiert. Wir müssen verhindern, dass in zukünftigen Auseinandersetzungen militärisches Eingreifen politische Lösungen ersetzt.

*„Was vor uns liegt und was hinter uns liegt, ist unbedeutend, verglichen mit dem, was in uns steckt.“*

*Ralph Waldo Emerson*